

habe auf Anregung des neuen Bundeskanzlers „die Wünsche und Sorgen der Vertriebenen“ schriftlich unterbreitet. „Die Regierungserklärung“, so Czaja, „enthielt mehrere Ansatzpunkte, die unserem Anliegen entsprechen“, so zum Beispiel, daß „ein Schwerpunkt der Regierungsarbeit eine Politik für das Selbstbestimmungsrecht des ganzen deutschen Volkes“, daß „Berlin Symbol des Offenseins der ganzen deutschen Frage“ und die Zugehörigkeit zur NATO „Kernpunkt deutscher Staatsräson“ seien.

In Vorbereitung der Regierungserklärung des Bundeskanzlers Kohl vom 4. Mai 1983 war wiederum der Standpunkt des Präsidiums des „BdV“ gefragt. In den an die Bundesregierung gerichteten Forderungen heißt es unter anderem, „daß die Bundesregierung die nationale und staatliche Einheit Deutschlands wahren wird,... daß ... die Rechtspositionen ganz Deutschlands in seinen rechtmäßigen Grenzen (von 1937) ... nach innen wachgehalten und nach außen beharrlich vertreten werden“.

Wie dieser Geist bereits die Politik der Bundesregierung bestimmt, das belegen die Worte des BRD-Innenministers Zimmermann. Er erklärte, daß es „Tendenzen, die deutsche Frage auf die Bundesrepublik Deutschland und die DDR zu beschränken und ostdeutsche Gebiete jenseits von Oder und Neiße nicht einzubeziehen, bei der neuen Bundesregierung nicht geben“ wird. Dieser skandalösen Erklärung entspricht auch die Version von einem „freien Zugang“ nach Westberlin. Hier wird trotz vertraglicher Vereinbarungen ignoriert, daß es sich bei den Verkehrsverbindungen von und nach Westberlin um Transitwege handelt, auf denen das Hoheitsrecht der DDR gilt. Nicht zuletzt sind die provokatorischen Angriffe insbesondere von der Führung der CSU gegen die von sozialistischen Ländern mit der BRD abgeschlossenen Verträge, die unter anderem die Ach-



„Verdammt noch mal, soll denn der alte Säbel nicht doch scharf zu kriegen sein?!“

Zeichnung: Guckuk (entnommen aus „LVZ“)

tung der gegenseitigen Integrität und Souveränität, die Anerkennung der bestehenden Grenzen zum Inhalt haben, Ausdruck des sich belebenden Revanchismus. Unter dem Schlagwort einer notwendigen „Wende“ drängt die CSU darauf, mit den von BRD-Instanzen vorgenommenen selbstherrlichen revanchistischen Auslegungen den Inhalt dieser Verträge zu verfälschen. Konkret heißt das unter anderem: Die Vertragspartner in Berlin, Warschau und Moskau sollen im nachhinein die jeder Realität und dem Wortlaut der Verträge widersprechende These akzeptieren, daß die „Verträge keine Rechtsgrundlage für die heute bestehenden Grenzen“ schaffen würden. Ganz in diesem Sinne existiert in ihrem Sprachgebrauch die Oder-Neiße-Grenze überhaupt nicht, die Grenze zwischen der DDR und der BRD wird wie in den Zeiten des kalten Krieges als Demarkationslinie bezeichnet.

Bei der sich heute in der BRD vollziehenden Entwicklung ist nicht zu übersehen: Die Politik der Konfrontation und Hochrüstung der Reagan-Administration gibt den revanchistischen Kräf-

ten in der BRD neuen Auftrieb. Die Atmosphäre des kalten Krieges ist für sie das Treibhausklima, in dem sie glauben, ihre verbrecherischen Ziele verwirklichen zu können.

Das Anliegen der Politik Washingtons besteht erklärtermaßen in einem „roll back“ der kommunistischen Herrschaft, in der Vernichtung der sozialistischen Staaten. Genau das streben auch die Revanchisten in der BRD an, wenn sie von der Wiederherstellung des Deutschen Reiches in den Grenzen von 1937 sprechen. Es ist immerhin bezeichnend, in welcher Weise die revanchistischen Führer der BRD engste Verbundenheit mit exponierten* Vertretern der Reaganischen Konfrontations- und Hochrüstungspolitik pflegen. Typisch dafür ist das Auftreten von Repräsentanten der zum Zwecke der Wahlunterstützung für Reagan 1979 im USA-Bundesstaat Virginia von extrem rechten Kräften gegründeten politischen Stiftung „Western Goals“ (Ziele des Westens) in der BRD.

So erschienen zu den Revanchistentreffen im Frühsommer 1982 neben den Sprechern der Landsmannschaften und führenden CDU/CSU-Politikern der Prä-